§§ 1-37

4. Auflage 2020
ISBN 978-3-406-74601-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.
beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

verfassungsrechtlichen Problemen zu entgehen, die dadurch entstehen könnten, dass eine „automatische" Mehrbesteuerung als Sanktionierung durch die Steuerverwaltung und damit als Verstoß gegen Art. 92 GG interpretiert werden könnte.[168] § 398a AO ermöglicht also im Wege einer Verfahrenseinstellung ein Absehen von Strafe. Die Besonderheit gegenüber § 153a StPO besteht darin, dass die Einstellung der Strafverfolgung obligatorisch und ohne die Eröffnung eines Ermessens der Staatsanwaltschaft ist; das Gericht wird ohnehin nicht beteiligt. § 398a AO kommt damit die gleiche Funktion zu wie einem Strafaufhebungsgrund. Die Verschärfung seiner Voraussetzungen zum 1.1.2015 muss daher als Änderung des „Gesetzes" iSv § 2 Abs. 3 angesehen werden mit der Folge, dass die Änderungen des § 398a AO nur für Selbstanzeigen gelten, die ab dem 1.1.2015 eingereicht werden.[169] – Für dieses Verständnis spricht iÜ auch der Wortlaut des § 398a Abs. 1 AO, der sich in der Neufassung auf eine nach § 371 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 oder 4 unwirksame Selbstanzeige bezieht, während sich § 398a AO aF nur auf unwirksame Selbstanzeigen nach § 371 Abs. 2 Nr. 3 bezog.

50 Auch die Änderung einer anderen steuerlichen Verfahrensnorm hat Auswirkungen auf die materielle Rechtslage, wobei die genauen Konsequenzen noch nicht abschließend geklärt sind: Mit der Einführung des **§ 150 Abs. 7 S. 2 AO** mit Wirkung zum 1.1.2017 gelten bestimmte, den Finanzbehörden automatisch übermittelte Daten als Angaben des Steuerpflichtigen. Die Norm betrifft damit zwar das Besteuerungsverfahren, hat aber **zugleich einen materiell-rechtlichen Regelungsgehalt,** der die Zurechnung von Angaben im Rahmen des § 370 AO betrifft. Sie kann daher in bestimmten Fällen als neues milderes Recht gelten.[170]

51 **c) Ermittlung des mildesten Gesetzes.** Sofern feststeht, dass trotz einer Änderung der Tatbestandsvoraussetzungen die Strafbarkeit fortbesteht, ist unter Berücksichtigung des konkreten Einzelfalles **das mildeste Gesetz** zu ermitteln. Bei mehreren Beteiligten hat dies für jeden von ihnen gesondert zu erfolgen. Die Ermittlung des milderen Gesetzes wirkt sich sowohl auf den Schuldspruch als auch auf die Strafzumessung aus (→ Rn. 29).[171] Umstritten ist allerdings, in welcher Weise der Vergleich der früheren und der aktuellen Rechtslage durchzuführen ist:

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

52 **aa) HM: Grundsatz strikter Alternativität.** Nach hM kann stets nur eines der Gesetze das mildeste sein (Grundsatz strikter Alternativität), was zunächst anhand eines Vergleichs der Hauptstrafen ermittelt wird. Steht danach das mildere Gesetz fest, können nach ihm Nebenstrafen und Nebenfolgen auch dann angeordnet werden, wenn sie das iÜ strengere Gesetz nicht vorsieht. In den Vergleich der verschiedenen Gesetze sollen Nebenstrafen und Nebenfolgen nur dann einbezogen werden, wenn der Vergleich der Hauptstrafen keinen Unterschied ergibt. Im Ergebnis soll also immer nur ein Gesetz angewendet werden können.[172]

53 **bb) Einbezug sämtlicher in Betracht kommender Rechtsfolgen.** Die **Auslegung der hM wird** jedoch **dem Prinzip der Meistbegünstigung nicht gerecht** und führt dazu, dass entgegen dem Rückwirkungsverbot partiell strengeres Recht angewandt wird. **In den Vergleich sind** vielmehr **sämtliche in Betracht kommenden Rechtsfol-**

---

168 Vgl. *Beckemper/Schmitz/Wegner/Wulf* wistra 2011, 281 (285) mwN.

169 So iErg auch *Grötsch* NZWiSt 2015, 409 (414 f.); *Roth* NZWiSt 2018, 284 (285 ff.); → AO § 398a Rn. 6; Rolletschke/Kemper/*Rolletschke* AO § 398a Rn. 29 f.; *Rolletschke/Roth*, Die Selbstanzeige, Rn. 542. – AA *Bülte*, Anm zu EuGH 8.9.2015 – C-105/14, NZWiSt 2015, 396 (399).

170 Siehe dazu *Häger* wistra 2017, 369 (372 f.); *Schmitz* GS Joecks, 2018, 615 (324 ff.) mwN.

171 BGH 14.10.2014 – 3 StR 167/14, wistra 2015, 148 Rn. 30 f.

172 St. Rspr. seit RG 3.7.1924 – III 528/24, RGSt 58, 238 (239); BGH 10.2.1971 – 2 StR 527/70, BGHSt 24, 94 (97); BGH 12.2.1991 – 5 StR 523/90, BGHSt 37, 320 (322) = NJW 1991, 1242; BGH 28.10.1999 – 4 StR 460/99, NStZ 2000, 136; BGH 24.7.2014 – 3 StR 314/13, wistra 2014, 446 Rn. 13 mwN; Anw-StGB/*Gaede* Rn. 9 f. mwN; LK-StGB/*Gribbohm,* 11. Aufl. 2003, Rn. 20 ff. mwN; SK-StGB/*Jäger* Rn. 39 mwN; *Fischer* Rn. 9 mwN; gebilligt durch BVerfG 29.5.2019 – 2 BvR 2630/18 (Kammer), BA 2019, 330 Rn. 26.

gen einzubeziehen. Für jede einzelne von ihnen ist zu ermitteln, welche die mildere ist.[173] Sieht zB das neue Recht einen niedrigeren Strafrahmen vor, lässt aber gleichzeitig eine neue Nebenfolge zu, so ist die Strafe dem neuen Tatbestand zu entnehmen, die Verhängung der Nebenfolge aber unzulässig. Die Ermittlung des mildesten Gesetzes hat deshalb bei Verwirklichung mehrerer Tatbestände auch für jeden gesondert zu erfolgen.

54 **Milder** ist das neue Recht neben den in → Rn. 30 genannten Fällen zB dann, wenn der **Strafrahmen im Mindest- oder Höchstmaß gesenkt** worden ist, eine **Qualifizierung wegfällt** oder ein Verbrechenstatbestand **in ein Vergehen umgewandelt** wird. Abzulehnen ist daher die Ansicht des BGH, dies müsse nicht gelten, wenn gleichzeitig ein neuer besonders schwerer Fall eingeführt wird, wie dies bei der Änderung von § 265 aF und der Einführung von § 263 Abs. 3 S. 2 Nr. 5 der Fall war.[174] Werden gleichzeitig die angedrohte Strafe nach Art oder Mindestmaß gemildert und die Strafrahmenobergrenze erhöht, kommt es auf den **konkreten Einzelfall** an, ob das alte oder das neue Recht für den Täter milder ist.[175] Führt ein neuer Strafrahmen zu einer **Herabsetzung der Verjährungsfrist,** ist auch dies zu Gunsten des Täters zu berücksichtigen.[176]

55 **Geldstrafe ist gegenüber einer Freiheitsstrafe immer die mildere Strafe,** selbst dann, wenn die Ersatzfreiheitsstrafe nach § 43 im Einzelfall höher wäre als die nach dem anderen Recht alternativ zu verhängende Freiheitsstrafe.[177] Bei einem Vergleich von **Freiheitsstrafe und Jugendstrafe** wird letztere in aller Regel milder sein, doch kann sich im Hinblick auf § 18 Abs. 2 JGG die Jugendstrafe als länger und damit strenger darstellen. In diesem Fall wäre also auch die notwendige „erzieherische" Wirkung der Jugendstrafe im Einzelfall mit abzuwägen. Reaktionen nach §§ 9 ff., 13 ff. JGG sind in jedem Fall milder als Jugendstrafe oder Sanktionen nach allgemeinem Strafrecht.

56 Ist bundesdeutsches Strafrecht mit **DDR-Recht** zu vergleichen, gelten die gleichen Grundsätze unter Beachtung der Sonderregeln von § 315 EGStGB (→ Rn. 81 ff.). Das mildeste Gesetz ist also auch in diesen Fällen unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls zu ermitteln.[178] Dabei soll nach der Rechtsprechung des BGH der Tatrichter nicht ermitteln, welche Strafe in der ehemaligen DDR verhängt worden wäre. Vielmehr sei der Tatbestand des DDR-Strafrechts nach geltendem Verfassungsrecht und den Grundsätzen rechtsstaatlichen Strafens auszulegen.[179] Sofern das dazu führt, dass spezifische Strafmilderungsgesichtspunkte nach DDR-Strafrecht (zB langjährige Zugehörigkeit zu Volkspolizei oder MfS) nicht berücksichtigt werden, widerspricht dies jedoch dem Meistbegünstigungsprinzip und dem Rückwirkungsverbot.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

57 **d) Unerheblichkeit des Grundes einer Rechtsänderung.** Das so ermittelte **mildeste Gesetz ist zwingend anzuwenden,** unabhängig davon, warum die Rechtsänderung erfolgt ist.[180] Die Rechtsprechung des Reichsgerichts, das die Anwendbarkeit des Meistbegünstigungsprinzips davon abhängig machte, dass die Rechtsänderung auf einer „geläuterten

---

173 So auch *Grötsch* NZWiSt 2015, 409 (412); *Sommer,* Das „mildeste Gesetz", S. 92 ff.; LK-StGB/*Dannecker* Rn. 115 f. mwN; Schönke/Schröder/*Hecker* Rn. 28, 32 mwN; NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 45; KK-OWiG/*Rogall* § 4 Rn. 29; *Jakobs* 4/78; *Maurach/Zipf* 12/14. IErg auch *Dannecker,* Das intertemporale Strafrecht, S. 525 f.

174 Vgl. BGH 15.9.1998 – 1 StR 290/98, NStZ 1999, 32 (33); BGH 20.5.1999 – 4 StR 718/98, NStZ 1999, 556 mwN.

175 Vgl. BGH 18.9.1991 – 2 StR 288/91, BGHSt 38, 66 (67) = NStZ 1992, 94; LK-StGB/*Dannecker* Rn. 116 mwN; *Fischer* Rn. 10.

176 Vgl. BGH 20.5.1999 – 4 StR 718/98, NStZ 1999, 556.

177 Vgl. BGH 26.2.1975 – 389/74, MDR bei *Dallinger* 1975, 541; BayObLG 28.4.1972 – RReg 3 St 18/72, MDR 1972, 884; *Dannecker,* Das intertemporale Strafrecht, S. 529; NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 44 mwN; *Fischer* Rn. 10. – AA *Jakobs* 4/79.

178 Zu Beispielen aus der Rechtsprechung siehe LK-StGB/*Gribbohm,* 11. Aufl. 2003, Rn. 66 ff.; SK-StGB/*Jäger* Rn. 43.

179 Vgl. BGH 3.7.1991 – 5 StR 209/91, BGHSt 38, 18 = NJW 1991, 2496; zust. LK-StGB/*Dannecker* Rn. 164.

180 Vgl. BGH 9.3.1954 – 3 StR 12/54, BGHSt 6, 30 (32 ff.); BGH 8.1.1965 – 2 StR 49/64, BGHSt 20, 177 (181 f.); Schönke/Schröder/*Hecker* Rn. 33 mwN; LK-StGB/*Gribbohm,* 11. Aufl. 2003, Rn. 23.

Rechtsauffassung" und nicht auf einem Wandel der Verhältnisse beruhte,[181] ist überholt.[182] Ebensowenig kommt eine Reduktion auf bewusste kriminalpolitische Entscheidungen des Gesetzgebers in Betracht, wie sie *Tiedemann* erwogen hat[183] und die Rechtsänderungen aufgrund von (Verfahrens-)Fehlern ausschließen würde. Denn der Wortlaut ist eindeutig und insoweit unbeschränkt.[184]

IV. Weitergeltung von „Zeitgesetzen" (Abs. 4)

1. Funktion von Abs. 4. Abs. 4 S. 1 enthält eine besondere Geltungsnorm für sog. Zeitgesetze, die Abs. 3 grds. verdrängt und ihrerseits nur durch eine ausdrückliche Bestimmung des Gesetzgebers verdrängt wird (Abs. 4 S. 2). Unter „Gesetz" ist auch hier jede Norm zu verstehen, die die Bestrafung einer Handlung beeinflussen kann (→ Rn. 14).[185] Abs. 4 S. 1 sichert die rechtliche, nicht nur faktische partielle Weitergeltung des Zeitgesetzes.[186] Die dadurch erreichte Fortdauer der Sanktionsgeltung für bereits begangene Straftaten soll sicherstellen, dass der Regelungseffekt einer Norm mit zeitlicher Befristung trotz ihres absehbaren Endes erhalten bleibt.[187] Dies bedeutet aber im Hinblick auf die Definition des Begriffs „Zeitgesetz" (→ Rn. 60 ff.) auch, dass von einem solchen nur ausgegangen werden kann, wenn der Gesetzgeber eine strafrechtliche Sanktionierung erkennbar über die (allgemeine) Geltung des Zeitgesetzes hinaus gewollt hat. **58**

Abs. 4 erfasst nicht den Fall, dass ein **Zeitgesetz** vor seinem Ablauf **durch** ein anderes **Zeitgesetz ersetzt** wird, das den gleichen Regelungszeitraum betrifft. Hierfür ist allein Abs. 3 einschlägig.[188] Aus Abs. 4 S. 2 ein argumentum e contrario abzuleiten[189] trägt nicht, da sonst unterstellt werden müsste, der Gesetzgeber habe für den gleichen Regelungsgegenstand zwei unterschiedliche Rechtsfolgen gewollt. Abs. 4 gilt ebenfalls nicht, wenn ein ursprüngliches Zeitgesetz **vor Fristablauf ersatzlos aufgehoben** wird oder **seinen Zeitgesetzcharakter auf Grund anderer Umstände verliert,** etwa weil das Ereignis, an das sein Außerkrafttreten geknüpft ist, auch nach vielen Jahren nicht eintritt oder nicht mehr eintreten kann (→ Rn. 68).[190] **59**

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Zeitgesetz. Unter einem Zeitgesetz sind alle die Gesetze zu verstehen, die nur zeitlich befristet gelten sollen. Da dies über einen langen Zeitraum gesehen für alle Gesetze gilt (kein positives [Straf]Gesetz gilt „ewig"),[191] muss anhand bestimmter Kriterien festgelegt werden, was ein Zeitgesetz von einem zeitlich unbefristeten Gesetz unterscheidet. Die hM differenziert dabei zwischen Zeitgesetzen im engeren und im weiteren Sinne: **60**

a) Zeitgesetz im engeren Sinne. Ein Zeitgesetz im engeren Sinne liegt immer dann vor, wenn seine **Geltung** von vornherein **an eine bestimmte Frist** gebunden ist, sei es, dass sie **kalendermäßig bestimmt** ist (zB ihre befristete Änderung des § 19 Abs. 2 InsO durch Art. 5, 6, 7 Abs. 2 FMStG, → Rn. 44) oder dass sie an den **Eintritt** **61**

---

181 ZB RG 12.1.1886 – Rep 3309/85, RGSt 13, 249 (253); RG 5.3.1926 – I 557/25, RGSt 60, 123 (124); RG 11.3.1927 – I 57/26, RGSt 61, 130 (134).

182 Vgl. nur BGH 8.1.1965 – 2 StR 49/64, BGHSt 20, 177 (181).

183 *Tiedemann* ZBB 2005, 190 (191 f.).

184 *Schützendübel,* Bezugnahme auf EU-Verordnungen, S. 118 ff. mwN; *Jahn/Brodowski* FS Neumann, 2017, 883 (886).

185 Missverstanden von *Adick* HRRS 2009, 155 (157).

186 AA NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 6, 47.

187 HM, vgl. nur *Jescheck/Weigend* § 15 IV. 6.; *Krey/Esser* AT Rn. 62; *Roxin* AT/I § 5 Rn. 66; *Tiedemann*, Wirtschaftsstrafrecht Rn. 316 mwN; *Welzel* § 6 I 2; LK-StGB/*Dannecker* Rn. 125 f. mwN. – AA *Jakobs* 4/63, der diesen Grund als nicht tragfähig ansieht.

188 Vgl. RG 24.5.1917 – IV 55/17, RGSt 50, 398 (401 f.); st. Rspr.; Schönke/Schröder/*Hecker* Rn. 38; NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 53 mwN; SK-StGB/*Jäger* Rn. 46; LK-StGB/*Tröndle*, 10. Aufl. 1985, Rn. 50.

189 So aber LK-StGB/*Gribbohm,* 11. Aufl. 2003, Rn. 43.

190 Vgl. Schönke/Schröder/*Hecker* Rn. 38; SK-StGB/*Jäger* Rn. 46.

191 Wohl nur verbal anders NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 49.

eines bestimmten Ereignisses (Ende einer Notstandssituation, eines Krieges etc) gekoppelt ist. Hierbei handelt es sich unstreitig um Zeitgesetze im Sinne des Abs. 4.[192]

62 Der Zeitgesetzcharakter kann **auch nachträglich** entstehen, indem der **Gesetzgeber** einem zunächst unbefristet geltenden Gesetz später ein **Enddatum setzt** oder ein Gesetz vom **BVerfG** für verfassungswidrig erklärt wird, aber (wie zB § 10 Nr. 1 VStG) noch bis zu einem bestimmten Zeitpunkt anzuwenden ist **(Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung).** Dieser Fall ist bislang nur bei blankettausfüllenden Normen vorgekommen (→ Rn. 70)[193] und wohl auch nur insoweit denkbar. Die Konsequenz ist allerdings umstritten, insbesondere im Steuerstrafrecht,[194] wo dies bislang praktisch am relevantesten war. Ein Teil der Rechtsprechung und des Schrifttums verneint die nachträgliche Umwandlung in ein Zeitgesetz mit unterschiedlicher Begründung.[195] So wird zB auf den nachträglichen Wegfall der Strafbarkeit verwiesen, der über § 2 Abs. 3 dazu führen müsse, dass die Tat nicht mehr abgeurteilt werden könne.[196] Auch eine mangelnde Bestimmtheit der Strafdrohung in diesen Fällen wird geltend gemacht.[197]

63 Demgegenüber geht jedoch die hM zu Recht davon aus, eine vom BVerfG ausgesprochene befristete Weitergeltungsanordnung[198] bedeute gleichzeitig, dass **die innerhalb dieser Frist begangenen Verstöße gegen die zeitweilig weitergeltende Norm strafrechtlich erfasst** werden.[199] Denn die Weitergeltungsanordnung soll gerade dazu führen, einen geordneten Übergang von dem als verfassungswidrig erachteten zu einem verfassungsgemäßen Zustand sowie einen „verlässlichen Verwaltungsvollzug" zu ermöglichen. Dann wäre es aber sinnwidrig, wenn die Strafdrohung aufgehoben wäre.[200] Diese entfällt entgegen anderer Meinung[201] auch nicht deshalb, weil der (Blankett-)Tatbestand wegen der Verfassungswidrigkeit der blankettausfüllenden Norm unbestimmt wäre. Wenn diese nicht nichtig ist, besteht sie mit ihrer Wortlautaussage (befristet) fort, weshalb die Tatbestandsbestimmtheit gewahrt bleibt.[202]

64 Gegen den Zeitgesetzcharakter ist eingewandt worden, eine Weitergeltungsanordnung des BVerfG führe nicht zu einer Befristung der Gesetzesgeltung, weil nicht klar sei, ob und wie der Gesetzgeber reagieren werde.[203] Aber ob der Gesetzgeber untätig bleibt (wie zB im Fall der Vermögensteuer) oder das Gesetz ändert – die Strafnorm als Blanketttatbestand

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

192 Vgl. nur BGH 9.3.1954 – 3 StR 12/54, BGHSt 6, 30 (36); OLG Düsseldorf 16.10.1990 – 5 Ss 299/90–118/90 I, NStZ 1991, 133; *Tiedemann,* Gesetzliche Milderung, S. 31; *Fischer* Rn. 13; LK-StGB/*Dannecker* Rn. 127 mwN; SK-StGB/*Jäger* Rn. 47 mwN; *Jakobs* 4/65 mwN – siehe dort aber auch in Fn. 97a. – Weiter einschränkend *Laaths,* Das Zeitgesetz, S. 69 f.

193 Vgl. BayObLG 15.6.1961 – RevReg 4 St 78/61, BayObLGSt 1961, 149 (151 f.); OLG Hamburg 5.12.2000 – III 6/00, wistra 2001, 112 (113); *Wulf* wistra 2001, 41 (48 f.); *Fischer* Rn. 13; LK-StGB/*Dannecker* Rn. 131; Anw-StGB/*Gaede* Rn. 14 mwN. – AA (zu § 10 Nr. 1 VStG) *Ulsamer/Müller* wistra 1998, 1 (5 f.).

194 → § 370 Rn. 75 ff. mwN.

195 Siehe dazu *Wroblewski,* Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung, S. 242 ff., 359 ff. mwN.

196 Vgl. OLG München 11.11.1999 – 5 Qs 12/99, wistra 2000, 74 mzustAnm *Daragan* DStR 1999, 2115 mwN; *Kohlmann/Hilgers-Klautzsch* wistra 1998, 161 (167); *Plewka/Heerspinck* BB 1999, 2429 ff.; *Ulsamer/Müller* wistra 1998, 1 (3 ff.); *Nolte,* Hinterziehung verfassungswidriger Steuern, S. 112 ff.; Kohlmann/*Schauf* Rn. 1485 mwN; LK/*Dannecker* Rn. 86; weitere Nachweise bei → AO § 370 Rn. 75.

197 So etwa *Kohlmann/Hilgers-Klautzsch* wistra 1998, 161 (164 f.); *Plewka/Heerspinck* BB 1999, 2429 (2432); *Salditt* FS Tipke, 1995, 574 (479); zusf. Übersicht bei *Röckl,* Steuerstrafrecht im Spannungsfeld, S. 187 ff.

198 Nach *Nolte,* Hinterziehung verfassungswidriger Steuern, S. 8 ff. handelt es sich nicht um eine Weitergeltungsanordnung, sondern um eine aufschiebend bedingte Vereinbarkeitserklärung; hiergegen zurecht *Wroblewski,* Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung, S. 236 f.

199 Vgl. BGH 7.11.2001 – 5 StR 395/01, wistra 2002, 64 mwN; BFH v. 24.5.000 – II R 25/99, wistra 2001, 26; OLG Frankfurt a. M. 5.6.1999 – 1 Ws 69/99, wistra 2000, 154; LG Itzehoe 11.9.2000 – 9 Qs 72/00 I, wistra 2001, 31 mwN; *Brandenstein* NJW 2000, 2326; *Meine* DStR 1999, 2101; *Schmidt* wistra 1999, 121 (122 ff.); *Wulf* wistra 2001, 41; Erbs/Kohlhaas/*Hadamitzky/Senge* A 24 § 370 Rn. 32a; → AO § 370 Rn. 76 mwN; zusf. Übersicht bei *Röckl,* Steuerstrafrecht im Spannungsfeld, S. 197 ff.

200 Vgl. *Wulf* wistra 2001, 41 (49 f.); *Röckl,* Steuerstrafrecht im Spannungsfeld, S. 206 ff.

201 Vgl. *Kohlmann/Hilgers-Klautzsch* wistra 1998, 161 (164 f.); *Plewka/Heerspinck* BB 1999, 2429 (2432); *Salditt* FS Tipke, 1995, 574 (479); zusf. Übersicht bei *Röckl,* Steuerstrafrecht im Spannungsfeld, S. 187 ff.

202 Vgl. *Röckl,* Steuerstrafrecht im Spannungsfeld, S. 221 ff.

203 Vgl. *Nolte,* Hinterziehung verfassungswidriger Steuern, S. 134 f.

wird eine andere sein als die, die durch die für verfassungswidrig erklärte Norm ausgefüllt wurde – und die gerade deshalb nur noch befristet gilt. Dass die Frage, ob es sich bei einer Norm um ein Zeitgesetz handelt, davon abhängig gemacht werden soll, dass die Befristung für den Normadressaten hinreichend erkennbar ist,[204] ist auch nicht überzeugend. Die Regelungen der **Abs. 3 und 4 stellen Geltungsnormen** dar (→ Rn. 5 ff.), die bei einer Gesetzesänderung entweder die für den Täter günstigste Regelung (Abs. 3) oder eine Weitergeltung des Tatzeitrechts (Abs. 4) bestimmen. **Ob es sich um ein Zeitgesetz handelt, muss deshalb generalisierend beantwortet werden** und nicht aus der Sicht des Einzelnen. Zuzugeben ist allerdings, dass noch vor der Anordnung befristeter Weitergeltung begangene Taten auch noch nicht unter der Geltung eines Zeitgesetzes stattfanden und **insoweit eine rückwirkende Geltungserhaltung** stattfindet. Letztlich wird der Bürger dadurch aber nicht schlechter gestellt, weil für ihn die Rechtslage weiterhin gilt, von der er auch bei Begehung der Tat ausgehen musste.[205] Dieses Problem ergibt sich iÜ stets bei einer nachträglichen Befristung eines Gesetzes. Auch deshalb entfällt die Strafbarkeit nach Ablauf der Weitergeltungsfrist nicht nachträglich wegen der „Meistbegünstigungsklausel" des Abs. 3, weil in diesen Fällen die Regel des Abs. 4 gilt.[206]

65 In jüngerer Zeit hat sich *Wroblewski* eingehend mit der Thematik beschäftigt.[207] Im Ergebnis gelangt er dazu, dass strafrechtlich eine Weitergeltungsanordnung nur insoweit beachtlich sei, als es um die Sanktionierung mit einer Geldstrafe gehe. Freiheitsstrafe dürfe dagegen nicht auf eine Weitergeltungsanordnung gestützt werden, sofern nicht das BVerfG den damit verbundenen Eingriff in Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG ausdrücklich für unerlässlich erkläre, was allenfalls nur ausnahmsweise erfolgen könne und iÜ noch nie erfolgt sei.[208] Er verweist zurecht darauf, dass die vom BVerfG ausgesprochene **Weitergeltungsanordnung strafbegründend wirkt,** was seinerseits begründungsbedürftig ist. Dass das BVerfG überhaupt die Kompetenz hat, eine Weitergeltungsanordnung zu erlassen, obwohl dazu in § 78 BVerfGG gar nichts gesagt ist, hat *Wroblewski* umfassend ausgeführt.[209] Dann aber ist zu berücksichtigen, dass Entscheidungen des BVerfG einem Gesetz gleichstehen, § 31 Abs. 2 S. 1, 2 BVerfGG. Damit ist Art. 2 Abs. 2 S. 3 GG nicht verletzt, wenn eine Weitergeltungsanordnung zu einer Freiheitsentziehung führt. Zudem stellt die Weitergeltungsanordnung auch **keinen finalen Eingriff in die Freiheit** dar, sondern führt nur im Zusammenhang mit einem Blanketttatbestand dazu, dass bei einem Verstoß gegen die weitergeltende Norm eine Freiheitsstrafe in Betracht kommt. Insofern wird man analog zur nicht bestehenden Zitierpflicht nach Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG in Fällen nicht finaler Grundrechtseinschränkung[210] davon ausgehen müssen, dass auch bei einer Weitergeltungsanordnung keine explizite (und begründete) Einschränkung des Freiheitsgrundrechts dargelegt werden muss.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

66 **b) Zeitgesetz im weiteren Sinne.** Zeitgesetze im weiteren Sinne sollen solche sein, bei denen sich eine befristete Geltung nicht aus dem Gesetz selbst ergibt, sondern **aus seinem systematischen Zusammenhang** bzw. seinem Inhalt und **seiner Zielsetzung** folgt.[211] Das soll insbesondere dann der Fall sein, wenn ein Gesetz erkennbar „wechselnden Zeitverhältnissen und Zeitnotwendigkeiten nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit

---

204 So *Nolte*, Hinterziehung verfassungswidriger Steuern, S. 137.

205 *Wulf* wistra 2001, 41 (48).

206 Ebenso BGH 7.11.2001 – 5 StR 395/01, wistra 2002, 64 (66); OLG Hamburg 5.12.2000 – III-6/00, wistra 2001, 112 (113). – AA *Röckl*, Steuerstrafrecht im Spannungsfeld, S. 223 f. aufgrund von Gerechtigkeitserwägungen.

207 *Wroblewski,* Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung, S. 27 ff.

208 *Wroblewski,* Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung, S. 365 ff.

209 *Wroblewski,* Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung, S. 81 ff. mwN.

210 BVerfG 11.8.1999 – 1 BvR 2181/98 u.a. (K), NJW 1999, 3399, 3400; BeckOK GG/*Enders* GG Art. 19 Rn. 14 mwN; Maunz/Dürig/*Remmert* GG Art. 19 Abs. 1 Rn. 57 ff. mwN.

211 Vgl. BGH 14.12.1994 – 5 StR 210/94, BGHSt 40, 378 (380 f.) = wistra 1995, 107 (108); BGH 14.7.1998 – 1 StR 110/98, wistra 1998, 306; *Samson* wistra 1983, 235 (238); Lackner/Kühl/*Kühl* Rn. 8; Schönke/Schröder/*Hecker* Rn. 35 mwN; *Fischer* Rn. 13; SK-StGB/*Jäger* Rn. 47 mwN; *Baumann/Weber/Mitsch/Eisele* § 7 Rn. 55.

gerecht werden"[212] soll.[213] Solche Gründe für die Gesetzgebung finden sich vor allem im Nebenstrafrecht, insbesondere im Rahmen von Blanketttatbeständen (→ Rn. 37).[214]

67 **c) Notwendigkeit einer einschränkenden Auslegung.** Diese **weite Ausdehnung des Begriffs „Zeitgesetz"** auf „Zeitgesetzt im weiteren Sinn" ist jedoch **abzulehnen.**[215] Es wird zwar zutreffend darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber bei Einführung des EGStGB von der Beschränkung auf Zeitgesetzte im engeren Sinn abrücken wollte,[216] weil er dies im Hinblick auf Blanketttatbestände im Nebenstrafrecht für zu eng ansah.[217] Damit ist er jedoch weit über das notwendige Maß hinaus gegangen; die gesetzliche Fassung zwingt auch keineswegs dazu, sie so weit auszulegen. Vielmehr sprechen Gesichtspunkte des Vertrauensschutzes und der auch der Bestimmtheitsgrundsatz dafür, eine – objektive, generelle – **Erkennbarkeit des Charakters als Zeitgesetz zu fordern.**[218] Die hM führt dagegen angesichts dessen, dass in zunehmendem Maß auch die Strafgesetzgebung funktionalen Bedürfnissen gehorcht,[219] dazu, den Ausnahmecharakter von Abs. 4 in den Regelfall zu verkehren. Dies zeigt sich zB besonders deutlich an MRG Nr. 53 Art. VIII, ein Gesetz, das vier Jahrzehnte galt und anschließend immer noch als „Zeitgesetz" angesehen wurde, nur weil es ursprünglich einen bestimmten situationsbedingten Anlass hatte.[220] Dieses Gesetz mag bei seinem Inkrafttreten ein Zeitgesetz gewesen sein, weil es als Besatzungsrecht nach dem Zweiten Weltkrieg der damals herrschenden besonderen Situation entsprang. Spätestens 1961, als es durch Erlass des AWG auf den „Interzonenhandel" beschränkt wurde, verlor es diesen Charakter, weil damals nicht absehbar war, wann die Teilung Deutschlands beendet sein würde.[221]

68 Als **Zeitgesetze** sind daher **nur solche Gesetze** anzuerkennen, bei denen **bereits bei Erlass absehbar** ist, wann sie wieder **außer Kraft treten** werden,[222] oder die **nachträglich befristet** werden. Ist das nicht der Fall, weil eine eindeutige Befristung fehlt und der Anlass, dem sie ihr Entstehen verdanken, unabsehbare Zeit dauern kann, handelt es sich um ein unbefristetes Gesetz. Nur so wird auch dem Bestimmtheitsgrundsatz genügt, da anderenfalls die Einordnung einer Norm als Zeit- oder unbefristetes Gesetz beliebig erfolgen kann.[223] Scheint der Zeitpunkt bei Erlass zunächst erkennbar zu sein, verschiebt er sich aber immer weiter nach hinten, geht der **Zeitgesetzcharakter nachträglich verloren.**[224] Letzteres gilt erst recht, wenn die ursprüngliche Befristung ausdrücklich aufgehoben wird (wie zB bei § 19 Abs. 2 InsO, → 2. Aufl. 2015, InsO § 19 Rn. 42).

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

69 **d) Blanketttatbestände.** Blanketttatbestände können sehr häufig Zeitgesetze darstellen, da sie nicht nur selbst befristet sein können, sondern vor allem ihre Ausfüllungsnormen. Für sie gelten die gleichen Grundsätze; stets ist zu prüfen, ob eine Strafnorm Zeitgesetz ist

212 BGH 9.3.1954 – 3 StR 12/54, BGHSt 6, 30 (38); LK-StGB/*Dannecker* Rn. 127 mwN.
213 Eine Liste solcher Gesetze findet sich bei *Laaths,* Das Zeitgesetz, S. 58 ff.
214 Vgl. Matt/Renzikowski/*Basak* Rn. 9; SK-StGB/*Jäger* Rn. 49.
215 Ebenso *Flämig,* Steuerrecht als Dauerrecht, S. 120 f.; *Laaths,* Das Zeitgesetz, S. 70 ff.; *Rüping* NStZ 1984, 450; *Tiedemann* FS Peters, 1974, 193 (199 ff.); *Jakobs* 4/65. Einschränkend auch *Satzger* JURA 2006, 746 (751); LK-StGB/*Dannecker* Rn. 129 mwN; Anw-StGB/*Gaede* Rn. 14; NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 50 ff.
216 SK-StGB/*Jäger* Rn. 48.
217 BT-Drs. 7/550, S. 206.
218 SK-StGB/*Jäger* Rn. 48 mwN.
219 Vgl. dazu NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 48 f.
220 Vgl. nur BGH 14.12.1994 – 5 StR 210/94, BGHSt 40, 378 (380 f.) = wistra 1995, 107 (108); BGH 14.7.1998 – 1 StR 110/98, wistra 1998, 306. – Offengelassen von BGH 2.4.1996 – GSSt 2/95, BGHSt 42, 113 (119 f.) = wistra 1996, 264 (266). – AA *Kirsch* wistra 1996, 267 (268).
221 Vgl. dazu BGH 14.12.1994 – 5 StR 210/94, BGHSt 40, 378 (380 f.) = wistra 1995, 107 (108), der hierin jedoch kein gegen die Annahme eines Zeitgesetzes sprechendes Kriterium erkennen will.
222 Vgl. OGH 8.11.1949 – StS 168/49, OGHSt 2, 259 (268); *Kunert* NStZ 1982, 276 (279); *Flämig,* Steuerrecht als Dauerrecht, S. 85 f.; *Jakobs* 4/65. Ähnlich NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 52 f.
223 Vgl. auch NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 53; *Jakobs* 4/65.
224 Vgl. BGH 9.3.1954 – 3 StR 12/54, BGHSt 6, 30 (39); LK-StGB/*Dannecker* Rn. 131; Satzger/Schluckebier/Widmaier/*Satzger* Rn. 37.

oder nicht.[225] Da ein Blanketttatbestand auf verschiedene Ausfüllungsnormen bezogen sein kann, ist der **Zeitgesetzcharakter auf jede Ausfüllungsnorm einzeln zu prüfen** (sofern nicht der Blanketttatbestand selbst Zeitgesetz ist). Denn der Umstand, dass eine Ausfüllungsnorm Zeitgesetz ist, führt nicht dazu, dass der Blanketttatbestand insgesamt ein Zeitgesetz ist; zB ist die Änderung des AWG mit der Neufassung das Straftatbestände allein an § 2 Abs. 3 zu messen, auch wenn die in Bezug genommenen Verbotstatbestände regelmäßig Zeitgesetze sind (→ Rn. 70).[226] Auch macht eine von mehreren in Bezug genommenen Normen, die Zeitgesetz ist, die weiteren Ausfüllungsnormen zu Zeitgesetzen. Die pauschale Annahme, in bestimmten Bereichen des Nebenstrafrechts, speziell dem Steuer(straf)recht, habe man es nur mit Zeitgesetzen zu tun, verbietet sich daher.[227] Wenig hilfreich ist auch die These des BGH, es sei zu berücksichtigen, ob eine erfolgte Rechtsänderung auf Grund einer „geläuterten Rechtsauffassung" oder wegen „tatsächlicher Veränderungen" erfolgt ist.[228] Abgesehen davon, dass auch in diesem Zusammenhang (wie bei der Bestimmung des mildesten Gesetzes nach Abs. 3, → Rn. 57) der Grund einer Rechtsänderung unerheblich sein muss, wird regelmäßig beides Hand in Hand gehen.[229]

70 Entscheidende Bedeutung kommt also auch hier der Frage zu, ob eine blankettausfüllende Norm erkennbar nur (noch) für einen bestimmten Zeitraum gelten soll oder nicht. **Zeitgesetze idS** sind zB die den § 17 Abs. 1 AWG ausfüllenden **Embargotatbestände der AWV bzw. unmittelbar geltende Embargovorschriften iSd § 18 Abs. 1 AWG,** da sie erkennbar für eine begrenzte Ausnahmesituation gelten sollen.[230] Dies gilt jedoch nicht für die „Ausfuhrliste",[231] da sie nicht anlass-, sondern sachbezogen abgefasst ist. Der Umstand, dass sie häufiger geändert wird, führt nicht zur Annahme eines (blankettausfüllenden) Zeitgesetzes, weil die Änderungen allein der technischen Entwicklung geschuldet sind. Zeitgesetze stellen zB auch (die nur zeitlich befristet möglichen) **Einschränkungen der Grundfreiheiten** in der EU dar, auf die das Genehmigungserfordernis des § 284 Abs. 1 SGB III Bezug nimmt, dessen Verletzung unter den Voraussetzungen des § 11 Abs. 1 Nr. 1 SchwarzArbG[232] strafrechtlich sanktioniert ist.[233] **Nachträglich zum Zeitgesetz** wurde § 10 Nr. 1 **VStG,** nachdem das BVerfG diesen am 22.6.1995[234] für verfassungswidrig, aber längstens bis zum 31.12.1996 noch für anwendbar erklärt hatte (→ Rn. 62 ff.);[235] Entsprechendes gilt für § 19 Abs. 1 ErbStG,[236] der im Jahr 2006 für verfassungswidrig, gleichzeitig aber bis 31.12.2008 für weiter anwendbar erklärt wurde.[237] **Kein Zeitgesetz** war dagegen – entgegen der Meinung des BGH[238] – **§ 8 MinÖStG 1957,** da bei ihm eine Befristung gerade nicht erkennbar war, sondern bei seinem Erlass eine grundsätzlich unbefristete Geltung zugrunde gelegt wurde.[239] Zum Parteienfinanzierungsgesetz 1983 → Rn. 41.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

225 Vgl. nur *Kunert* NStZ 1982, 276 (280); NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 55 mwN; SK-StGB/*Jäger* Rn. 49; *Jakobs* 4/66.

226 Vgl. BGH 24.7.2014 – 3 StR 314/13, wistra 2014, 446 (449).

227 Vgl. nur *Kunert* NStZ 1982, 276 (278); *Wulf* wistra 2001, 41 (47 f.); *Flämig,* Steuerrecht als Dauerrecht, S. 86 ff.; NK-StGB/*Hassemer/Kargl* Rn. 55 mwN; SK-StGB/*Jäger* Rn. 49 mwN. – AA *Franzheim* NStZ 1982, 137 (138).

228 Vgl. BGH 8.1.1965 – 2 StR 49/64, BGHSt 20, 177 (182).

229 Vgl. E 62, 107.

230 BGH 14.10.2014 – 3 StR 167/14, wistra 2015, 148 Rn. 31 mwN; BGH 14.7.1998 – 110/98, wistra 1998, 306 zu § 69k AWV („Serbien-Embargo"); zu der Frage, ob § 69k AWV aF wirksam war, vgl. *Samson/Gustafsson* wistra 1996, 201 ff.; 1997, 206 f.

231 Anlage 1, Anlage AL zur AWV.

232 → SchwarzArbG § 11 Rn. 2 ff.

233 Dazu *Mosbacher* NStZ 2015, 255; *Tuengerthal/Rothenhöfer* wistra 2014, 417.

234 Beschluss 22.6.1995 – 2 BvL 37/91, BVerfGE 93, 121 = NJW 1995, 2615.

235 Vgl. BGH 7.11.2001 – 5 StR 395/01, BGHSt 47, 138 (142 f.) = wistra 2002, 64 (66); OLG Hamburg 5.12.2000 – III 6/00, wistra 2001, 112 (113); *Wulf* wistra 2001, 41 (48 f.). – AA *Ulsamer/Müller* wistra 1998, 1 (5 f.).

236 BVerfG 7.11.2006 – 1 BvL 10/02, BVerfGE 117, 1 = NJW 2007, 573.

237 → AO § 370 Rn. 73 ff. mwN.

238 Vgl. BGH 8.1.1965 – 2 StR 49/64, BGHSt 20, 177 (182 f.).

239 Ebenso *Flämig,* Steuerrecht als Dauerrecht, S. 85 f.

71 **3. Art. 49 Abs. 1 GRCh.** Die am 7.12.2000 verkündete Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist nach Art. 6 Abs. 1 EUV am 1.12.2009 in Kraft getreten. Ihr Art. 49 Abs. 1 S. 3 verlangt: „Wird nach Begehung einer Straftat durch Gesetz eine mildere Strafe eingeführt, so ist diese zu verhängen". Der Wortlaut unterscheidet sich zwar in mehrfacher Hinsicht von § 2 Abs. 3, wird aber grundsätzlich gleich interpretiert.[240] Anders als § 2 kennt Art. 49 GRCh **keinen Ausnahme-Vorbehalt für Zeitgesetze,** so dass auch dann, wenn das mildere Gesetz ein Zeitgesetz ablöst, stets das Letztere anzuwenden ist;[241] unerheblich ist dabei (wie bei § 2 Abs. 3), ob das mildere Gesetz auf einer ausdrücklichen Aufgabe der früheren Rechtsauffassung beruht.[242] Aufgrund des Vorrangs des Unionsrechts ist deshalb zu prüfen, **ob § 2 Abs. 4 von Art. 49 Abs. 1 S. 3 GRCh verdrängt wird,** soweit der Anwendungsbereich der GRCh eröffnet ist. Dies ist nach deren Art. 51 Abs. 1 grundsätzlich der Fall, wenn Organe etc der Union oder ein Mitgliedstaat EU-Recht „durchführen". Damit unterliegen alle Teile der „öffentlichen Gewalt" der Charta und werden durch sie gebunden: Gesetzgebung, Gerichte und Verwaltung.[243] „Durchführung" von Unionsrecht bedeutet Umsetzen oder Vollziehen, insbesondere im Bereich der Grundfreiheiten,[244] aber auch im Bereich des Sekundärrechts (Verordnungen, Richtlinien).[245] Insbesondere im Wirtschaftsstrafrecht mit seinen vielen Inbezugnahmen europarechtlicher Vorschriften kann der Ausschluss der Einschränkung des Meistbegünstigungsprinzips daher Bedeutung erhalten.[246] Allerdings **lässt Art. 52 Abs. 1 GRCh** bei Achtung des „Wesensgehalts" der Grundrechte und „unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit" **Einschränkungen zu,** wenn sie „erforderlich" sind und weiteren Voraussetzungen entsprechen.[247] Wann das der Fall ist, kann noch nicht als abschließend geklärt angesehen werden. Es spricht aber wenig dafür, dass Art. 52 Abs. 1 GRCh „einschränkungsfreundlich" ist.[248] Die Frage, unter welchen konkreten Voraussetzungen § 2 Abs. 4 von Art. 49 Abs. S. 3 GRCh verdrängt wird, muss als offen bezeichnet werden; beachtet werden muss sie aber selbstverständlich trotzdem. Kontrovers diskutiert wurde die Problematik jüngst im Zusammenhang mit der Einschränkung von Grundfreiheiten Angehöriger von Mitgliedstaaten, die neu der EU beigetreten waren (Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen), und dem späteren Wegfall dieser Einschränkungen (→ Rn. 70).[249] Aber auch die Rechtsprechung des BGH zur Berücksichtigung von (abgeschafften) Antidumpingzöllen[250] wurde bereits kritisiert.[251]

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

72 **4. Umfang der Weitergeltung.** Aufgrund von Abs. 4 S. 1 bleiben alle Taten strafbar, die während der allgemeinen Geltung eines Zeitgesetzes begangen wurden. Dies gilt auch dann, wenn die Befristung erst nachträglich erfolgt sein sollte. Insoweit handelt es sich nicht um eine rückwirkende Rechtsänderung, da die Befristung nur dazu führt, dass eine bereits bestehende Strafbarkeit nicht nachträglich entfällt.[252] Etwas anderes muss der Gesetzgeber entsprechend Abs. 4 S. 2 ausdrücklich anordnen.

V. Entsprechende Geltung für Vorschriften über Einziehung und Unbrauchbarmachung (Abs. 5)

73 Nach Abs. 5 gelten die Regeln der **Abs. 1–4 entsprechend** für die Anordnung der **Einziehung** (§§ 73–76b) und der **Unbrauchbarmachung** (§ 74d). Sie gelten auch für

240 NK-GRCh/*Eser* GRCh Art. 49 Rn. 34.
241 Näher dazu *Gaede* wistra 2011, 365 (367 ff.) mwN.
242 *Gaede* wistra 2011, 365 (368) mwN; wohl auch NK-GRCh/*Eser* GRCh Art. 49 Rn. 34.
243 *Heuer*, Art. 51 Abs. 1 S. 1 GRC, S. 78 mwN.
244 NK-GRCh/*Borowsky* GRCh Art. 51 Rn. 24a ff. mwN.
245 *Heuer*, Art. 51 Abs. 1 S. 1 GRC, S. 200 ff. mwN.
246 *Gaede* wistra 2011, 365 (369).
247 Siehe dazu NK-GRCh/*Borowsky* GRCh Art. 52 Rn. 3, 18 ff. mwN.
248 Siehe dazu *Gaede* wistra 2011, 365 (369, 370 ff.) mwN.
249 Ablehnend *Mosbacher* NStZ 2015, 255; bejahend *Tuengerthal/Rothenhöfer* wistra 2014, 417.
250 BGH 27.8.2010 – 1 StR 218/10, wistra 2011, 70.
251 *Gaede* wistra 2011, 365 (370 ff.).
252 Vgl. *Wulf* wistra 2001, 41 (49); *Jakobs* 4/65. – AA *Ulsamer/Müller* wistra 1998, 1 (6).